Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Roter Morgen

Januar 1968 2. Jahrgang Preis 20 Pfg.

Marxistisch-leninistische Monatszeitschrift

Marxisten-Leninisten Westdeutschlands, vereinigt euch!

Als wir, Hamburger Marxisten-Leninisten, den ROTEN MORGEN schufen, gingen wir aus von dem leninschen Prinzip: Eine Zeitung hat kollektiver Agitator, Propagandist und Organisator zu sein. Wobei naturgemäß, angesichts der Verhältnisse in Westdeutschland, der Schwerpunkt der Arbeit vorerst auf dem 'hat kollektiver Organi- tor zu sein' lag und liegt.

Nach dem Versagen der KPD, der Unfähigkeit sogenannter Linkssozialisten, unserem Volk einen gangbaren Ausweg, eine Alternative zur monopolkapitalistischen Diktatur mit all ihren Folgen zu zeigen, ergibt sich zwingend die Notwendigkeit, die bereit und willens sind, die Diktatur des Monopolkapitals in Westdeutschland ein für allemal restlos zu vernichten und ihr die Herrschaft des Volkes, die Diktatur des Proletariats entgegenzustellen, zu sammeln.

Welches Bild bietet sich uns zur Zeit in Westdeutschland im Hinblick auf die sogenannte linke außerparlamentarische Opposition? Im großen und ganzen kann man zwischen vier Richtungen oder Gruppiengen unterscheiden.

1. Die sich "unabhängig" nennenden Sozialisten oder die heimatlose Linke, wie sie sich öfter bezeichnen. Zersplittert in kleine und kleinste Grüppchen. Ohne einheitliches Programm oder gemeinsame Zielsetzung. Individualistisch, verworren. Zu dieser Richtung könnte man zählen: den Sozialistischen Bund (SB), die Vereinigung Unabhängiger Sozialisten (VUS), die Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Opposition (ASO), die Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Sozialisten (ADS). Einzelpersönlichkeiten wie die Professoren Abendroth, Heydorn usw.,bedingt die Deutsche Friedens-Union (DFU) und neuerdings die Demokratische Linke (DL).

2. Im engen Zusammenhang mit diesen Gruppen,durch Querverbindungen in sie hineinwirkend, die KPD. Trotz Verbot völlig auf dem Kurs der modernen Revisionisten. Bemüht durch Aufgabe marxistisch-leninistischer Prinzipien, die Gunst der Bourgeoisie auf Wiederzulassung zu erbetteln. Es muß offen gesagt werden: Die Politik beider Gruppen läuft darauf hinaus, Arzt am Krankenbett des Kapitalismus zu sein, durch Reformen die Herrschaft des Monopolkapitalismus zu verlängern, und dort, wo sie vorgeben den Sozialismus zu erstreben, dies ausschließlich auf friedlich-parlamentarischem Wege tun zu wollen, durch Umwandlung (nicht Zerstörung) des bürgerlichen in einen sozialistischen Staat.

3. Die vor allem im letzten Jahr an unseren Hochschulen und Schulen entstandene und noch im Entstehen begriffene Opposition der Studenten und Schüler. Kristallisationspunkt dieser Bewegung ist der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Sie unterscheidet sich von den ersten beiden Gruppierungen dadurch, daß sie die bestehende Gesellschaftsordnung in Frage stellt und ihren Sturz auf revolutionärem Wege erstrebt. Kennzeichen dieser Bewegung sind außerparlamentarische, die Menschenfeindlichkeit der bestehenden Gesellschaft entlarvende Aktionen. Andererseits aber auch anarchistische Züge, Ziellosigkeit in der Frage 'was kommt danach' und ihr bisheriges Unvermögen, sich mit der Arbeiterschaft zu verbünden, ohne die eine revolutionäre Veränderung der bestehenden Verhältnisse nicht möglich ist.

4. Wir, die Marxisten-Leninisten Westdeutschlands. Auch hier Aufspaltung in kleine Gruppen, Zirkel, Vereinigungen. Tragendes Element, die Arbeiter, aber auch - wie in Hamburg - im Bündnis mit marxistisch-leninistische Studenten. Die Tätigkeit dieser Gruppen beschränkte sich bisher auf die Verbreitung marxistisch-leninistischen Gedankengutes, vorwiegend die Lehren und Erkenntnisse des Vorsitzenden Mao Tse-tungs und Teilnahme an Aktionen der außerparlamentarischen Opposition. Zu einer Vereini-

gung kam es bisher nicht, obwohl entsprechende Bestrebungen vorhanden sind.

Soweit zur Situation. Die Frage ist nun: Was tun? In letzter Zeit ist es in halblinken Kreisen Mode geworden, von der Notwendigkeit der Sammlung, eines Bündnisses aller außenparlamentarischen links von der SPD stehenden Krafte zu sprechen. Der Begriff Partei wird mit Rücksicht auf die um ihre Wiederzulassung kämpfelnde KPD peinlichst vermieden. Eine Konferenz der "sozialistischen Opposition", auf der ein Aktionsprogramm beschlossen werden soll, findet am 3. Februar in Offenbach statt. Schaut man sich diese "Sozialistischen Alternativen" näher an, wird der reformistische Charakter dieser Bewegung sofort offenbar. Es ist der Weg der Evolution und nicht der Revolution, den man zu gehen gedenkt - wie Professor Heydorn es formulierte.

Ist eine solche Sammlung für uns Marxisten-Leninisten Westdeutschlands ein derzeit gangbarer Weg? Nein! Was wir zur Zeit brauchen, ist nicht die Sammlung aller irgendwie links von der SPD stehenden opportunistischen Kräfte, sondern die Sammlung aller Kommunisten, fortschrittlichen Arbeiter, Studenten und Bauern in einer marxistisch-leninistischen Partei. Nur eine geschlossene, kampfstarke Partei, die im revolutionären Stil des Marxismus-Leninismus aufgebaut ist, wird die Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen zum Sieg über den Imperialismus und seine Lakaien führen können.

Die Bildung solcher Parteien, die sich prinzipiell von den 'kommunistischen' Parteien unterscheiden, die sklavisch dem Kurs der revisionistischen Führung der Sowjetunion folgen, geht zur Zeit überall in Westeuropa legal und in Osteuropa illegal vor sich. Erst vor kurzem hat sich die marxistisch-leninistische KP Frankreichs konstituiert, die hervorragende Genossen in ihren Reihen vereint. Westdeutschland kann und wird keine Ausnahme bleiben. Es wäre gelacht, gelänge es uns nicht, in einem Land mit der ruhmreichen Tradition eines Marx, Engels, Bebel, Liebknecht und Thälmanns, eine marxistisch-leninistische Partei auf die Beine zu stellen!

Doch werden wir konkret: Welche Schwierigkeiten gibt es noch zu überwinden? Vor allem das Gruppendenken und das Bestreben einzelner 'Führer', aus egoistischen Motiven sich nicht der gemeinsamen Sache und notwendigen Disziplin unterzuordnen. Sicher gibt es Gründe dafür.

Einzelne Gruppen haben schon jahrelang gearbeitet, Opfer gebracht. Doch das taten andere auch. Eine Gruppe gründete in revolutionärer Ungeduld, ohne die notwendige gründliche Vorbereitung, eine Partei und fiel auf den Bauch. Eine andere gibt seit Jahren ein Organ heraus, in dem zur notwendigen Einigkeit aufgerufen wurde, brachte es jedoch fertig, alle Genossen, die nicht ganz ihrer Meinung waren, vor den Kopf zu stoßen, anstatt den guten Willen zu respektieren und helfende Kritik zu üben. Andere wieder beschränkten sich nur auf Aktionen, ohne auch nur den Versuch einer Sammlung und Zusammenarbeit zu unternehmen. Auch dafür gibt es objektive Gründe. Der Hauptgrund, der uns bisher hinderte, war der, daß sich die Marxisten-Leninisten Westdeutschlands nicht kannten, und daß es noch zu wenige waren.

Hier hat die Große Proletarische Kulturrevolution in der Volksrepublik China - wie überall in der Welt - eine Veränderung der Lage bewirkt. Sie hat zahlreiche Kommunisten, die angesichts des revisionistischen Kurses ihrer Parteien zu verzweifeln begannen, neuen Auftrieb und eine klare Perspektive gegeben. Sie hat sie veranlaßt, das rote Banner der Revolution in die eigenen Hände zu nehmen. Sie hat vielen jungen Menschen, Arbeitern und Studenten die Richtung gewiesen. Sie ist als Ereignis gleichzusetzen mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Sie hat bewirkt, daß auch in Westdeutschland kampferfahrene, marxistisch-leninistisch geschulte Genossen in zunehmenden Maße sich unserer Bewegung anschließen. Die Lage ist ausgezeichnet und wird von Tag zu Tag besser.

Die Herausgabe des ROTEN MORGEN wurde ein voller Erfolg. Es ist uns in den letzten Monaten gelungen, zahlreiche Verbindungen zu anderen marxistisch-leninistischen Gruppen herzustellen. Und wir sind sicher, daß zur Zeit noch be-

---

R O T E R   M O R G E N

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, 2 Hamburg 71, Carl-Bremer-Ring 19.

Erscheinungsweise vorläufig monatlich. Einzelpreis 20 Pfennig. Jahresbezugspreis 5,-- DM. (Einschließlich Porto).

Postscheckkonto: Hamburg, Nr. 2627 67

Verlag Ernst Aust
Zuschriften ohne Rückporto können nicht beantwortet werden.

stehende unbedeutende Schwierigkeiten überwunden werden. Wir, die Gruppe ROTER MORGEN, die Vereinigung Hamburger Marxisten-Leninisten, sind bereit, mit jeder in Westdeutschland bestehenden Gruppierung auf marxistisch-leninistischer Grundlage ohne Vorbedingungen und Vorbehalte zusammenzuarbeiten, um das Ziel der dringend gebotenen Einheit zu erreichen.

Wir wissen, daß dies keine leichte Aufgabe ist. Andere westeuropäische marxistisch-leninistische Parteien haben unter günstigeren Bedingungen bis zu ihrer Gründung Jahre gebraucht. Lernen wir aus ihren und unseren Fehlern, schreiten wir zur Tat! 1968 wird für uns das Jahr der Sammlung und des Zusammenschlusses aller Marxisten-Leninisten Westdeutschlands sein. An seinem Ende wird die auf breitester Basis vollzogene Einheit stehen!

W.I. Lenin verurteilte die Revisionisten der II. Internationale, die gegen die gewaltsame Revolution waren und für den parlamentarischen Weg eintraten. Er erklärte:

"Nur Schufte oder Einfaltspinsel können glauben, das Proletariat müsse zuerst durch Abstimmungen, die unter dem Druck der Bourgeoisie, unter dem Joch der Lohnsklaverei vor sich gehen, die Mehrheit erobern und können erst dann die Macht ergreifen. Das ist der Gipfel der Borniertheit oder der Heuchelei, das hieße den Klassenkampf und die Revolution durch Abstimmungen unter Beibehaltung der alten Gesellschaftsordnung, unter der alten Staatsmacht, ersetzen."

("Gruß den italienischen, französischen und deutschen Kommunisten" Oktober 1919).

HO TSCHI MINH WIES LENIN-ORDEN ZURÜCK

Immer verzweifelter und grausamer wird der Krieg, den die USA-Imperialisten gegen das vietnamesische Volk führen. Außer Atombomben gibt es keine Waffen mehr, die sie bisher nicht angewandt hätten, um den Freiheitskampf der Vietnamesen im Blut zu ersticken. Zur Zeit werden neben Napalm, Giftgas, Kugelbomben und sonstigen Mordwaffen allein 30-40 als "Top Secret" klassifizierte Projekte, für deren Entwicklung mehrere hundert Millionen Dollar aufgewendet wurden, in Vietnam ausprobiert. Doch die modernsten Waffen und alle Pläne, eine Sperrlinie südlich der entmilitarisierten Zone zu bauen, die "Strategie der Tintenkleckse", der "Hubschrauber-Krieg", die Bombardierung Nordvietnams usw. vermögen die USA-Imperialisten nicht vor ihrer unausbleiblichen Niederlage zu bewahren. Auch nicht die grausamsten Foltern, Elektroschocks, Herausreißen der Fingernägel, Totprügeln usw., die die Untaten der Faschisten in der Behandlung von Kriegsgefangenen während des II. Weltkrieges weit übertreffen, können nur den Hass des vietnamesischen Volkes und der Millionen Volksmassen in aller Welt gegen die US-Kriegsverbrecher nur stärken.

Zehntausende demonstrierten in den USA. Belagerten das Pentagon. Verbrannten Einberufungsbefehle, stürmten die Rekrutierungsbüros. Massen von Polizei wurden dagegen aufgeboten. Der vom USA-Imperialismus in Vietnam geführte Krieg ist ungerecht. Die aggressive Natur dieses Krieges ist entscheidend dafür, daß sich die Johnson-Regierung das vietnamesiche Volk und die Volksmassen aller Länder zum Feinde macht und der antagonistische Widerspruch zwischen sich selbst und dem amerikanischen Volk verschärft. Johnson schmähte die Demonstrationen gegen seine Politik lautstark als "verantwortungslose Gewalttätigkeiten und zügellose Aktionen." Trotzdem wird vom amerikanischen Volk der konterrevolutionären Gewalt der amerikanischen Reaktion die revolutionäre Gewalt entgegengesetzt.

Traurig ist nur, daß die US-Imperialisten - während die Volksbewegung gegen den Aggressionskrieg immer mehr Schwung gewinnt - die Unterstützung der modernen Revisionisten finden. Sie lassen nichts unversucht, diese Bewegung in ein pazifistisches "Friedensgebettel" überzuleiten. Ihrer Meinung nach darf man zwar demonstrieren und ab und zu auch einmal "Frieden für Vietnam" rufen, doch wenn - wie kürzlich in Hamburg - anläßlich einer Vietnam-Demonstration ein Papiertiger mitgeführt und gar vor dem Amerika-Haus verbrannt wird, wenn Farbbeutel fliegen, geraten sie aus dem Häuschen. Dann pöbelt ein sich "Arbeiterzeitung" nennendes Hamburger Revisionistenblättchen im Springer-Stil gegen den SDS "Superlinke Gruppe" und "scheinrevolutionäre Phrasen" und stellt als Forderung in einem Kommentar zu Vietnam: "Jetzt gilt es in gemeinsamer Aktion den schmutzigen Krieg in Vietnam zu beenden und den mörderischen US-Bombenkrieg auf die DRV zu stoppen."

Durch die Einstellung der Bombenangriffe auf die DRV wird also der Krieg beendet. Hier haben wir ihn, den ganzen Schwindel mit den Friedensgesprächen durch die Einstellung der Bombardierung Nordvietnams. Beendigung der Aggression, Abzug der US-Truppen aus Südvietnam, Anerkennung der südvietnamesischen nationalen Befreiungsfront als alleinigen wirklichen Vertreter des südvietnamesischen Volkes, volles Recht, seine Angelegenheiten selbst zu regeln, all diese Forderungen des südvietnamesischen Volkes gelten für die Revisionisten nicht.

Natürlich, für die sowjetischen Revisionisten gibt es nichts Peinlicheres als diesen Befreiungskrieg des vietnamesischen Volkes. Allzugern möchten sie ihn in Übereinstimmung mit den US-Imperialisten beendet sehen. Da hatten sie nun den Geist von Camp David beschworen, den Völkern erzählt, die amerikanischen Imperialisten seien vernünftige, friedfertige Leute geworden, mit denen man sehr wohl zusammenarbeiten könne - und da vermasselt ihnen dieser Johnson mit der Aggression in Vietnam die Tour. Verständlich, daß sie sauer sind, was sie aber nicht daran hindert, mit diesem Obergangster Verhandlungen zu führen und einen Druck auf die Regierung der DRV auszuüben, um sie zum Nachgeben, zu sogenannten Friedensgesprächen zu zwingen.

Aber sie leisten dem vietnamesischen Volk doch militärische Hilfe? Gezwungenermassen und nur soviel wie notwendig ist, um gegenüber den Volksmassen nicht völlig das Gesicht zu verlieren. Den Hauptanteil einer Unterstützung des vietnamesischen Volkes in seinem Befreiungskampf leistet nach wie vor die Volksrepublik China. Gäbe es China nicht, hätten die sowjetischen Revisionisten Vietnam schon lange mit Haut und Haaren dem US-Imperialismus zu verkaufen versucht.

Wenn man ihnen vorhält: Warum unterstützt ihr das vietnamesische Volk nicht wirksamer mit modernsten Waffen, beispielsweise mit solchen, mit denen die Agypter einen israelischen Zerstörer versenkten, wehren sie entsetzt ab: Das könnte doch zum Weltkrieg führen. Mit lahmen Protesten beantworten sie, die sich gern als die stärkste Militärmacht der Welt ausgeben, die Bombardierung ihrer Schiffe im Hafen von Haiphong. Ihr schmutzigstes Argument ist wohl das: Was können wir tun, wir möchten ja gern mehr und bessere Waffen liefern und Hilfe gewähren, aber die nordvietnamesischen Genossen lehnen das ab. Und wir haben uns nach den Beschlüssen der Bruderparteien zu richten.

Das heißt doch nichts anderes, als zu behaupten, die Regierung der demokratischen Republik Vietnam handele verantwortungslos gegenüber ihrem eigenen Volk indem sie es ablehnt, die modernsten und besten Waffen zum Schutz der Bevölkerung und zum Sieg über den US-Imperialismus zu übernehmen. Andererseits, wenn es so ist, daß die nordvietnamesische Regierung vorsichtig ist in der Annahme von Hilfe seitens der DuSSR, wo liegen die Gründe? Befürchtet man, wie Nordkorea, jahrelang für die "brüderliche" Hilfe zahlen müssen? Ist die Bedingung für diese angeblich selbstlose Hilfe die Forderung nach Einschwenken auf Kurs der Sowjetrevisionisten? Oder durchschaut man das Spiel der Clique im Kreml, die es zwar liebend gerne sähe, daß die US-Imperialisten die Volksrepublik China überfielen, aber sie sich als lachende dritte die Finger nicht schmutzig zu machen brauchten. Die Zeit wird uns die Antwort geben.

Eine unüberhörbare Antwort erhielten sie schon, die revisionistischen Führer in Moskau. Als sie anläßlich ihrer heuchlerischen Show zur Jubiläumsfeier der Oktoberrevolution dem Genossen Ho Tschi Minh, dem Staatspräsidenten der DRV, den Lenin-Orden verleihen wollten, wies dieser die "Ehrung" zurück! Wie das Zentralorgan der PdW Vietnams, "Nhan Dan", am 14.11.67 bekanntgab, hat der Genosse Ho Tschi Minh die Ablehnung mit dem Wunsch verbunden, die Zeit abzuwarten, "bis unser Volk die imperialistischen US-Aggressoren aus Vietnam vertrieben und das vietnamesische Vaterland vollständig befreit hat."!

"Waffen für den Vietkong"

Einer Meldung der Süddeutschen Zeitung vom 23. November 67 zufolge, hat der Sozialistische Deutsche Studentenbund im vergangenen Jahr bei Straßensammlungen 9 837,32 Mark zusammengebracht, die auf das Konto der FNL überwiesen wurden. Darüber hinaus hat der SDS Göttingen unter der Parole "Geld für den Vietkong" an zwei offenen Sonnabenden vor Weihnachten insgesamt 560 Mark gesammelt. Mehrere hundert Mark hat auch der Hamburger SDS in einer Sammlung am Sonnabend vor Weihnachten zusammengebracht.

ALGIER. Beim Kampf mit der Befreiungsfront in Angola wurden vor kurzem bei einem Angriff 30 portugiesische Söldner getötet.

Wider den Mißbrauch des Wortes "Personenkult"

Die Arbeiterklasse braucht Autoritäten

Immer wieder hören wir Marxisten-Leninisten Westdeutschlands, wenn wir mit KPD-Genossen diskutieren, das eine Argument. Es lautet in etwa so: Wir sehen ja ein, daß die Abhängigkeit unserer Partei von den Direktiven des ZK der KPdSU unserer Politik Schaden zufügt und zugefügt hat. Daß wir nicht vorwiegend die Interessen des deutschen Proletariats, der breiten Massen der Werktätigen vertreten, sondern daß die Politik der KPD den nationalen Interessen der Sowjetunion untergeordnet ist. Doch was ihr macht schmeckt uns auch nicht. Die Lobpreisung der KP Chinas und die Verherrlichung ihres Vorsitzenden o Tse-tungs gefällt uns ebensowenig. wir möchten die Abhängigkeit von Moskau nicht mit einer Abhängigkeit von Peking vertauschen. Außerdem kommt ihr mit dieser Art Propaganda bei den Massen nicht an.

Fangen wir gleich bei dem ersten Einwand, der Lobpreisung und Verherrlichung, des "Personenkults" um den Vorsitzenden Mao Tse-tung, wie sie sagen, an. Schaut man im Register der gesammelten Werke Lenins 1-40 (Dietz Verlag Berlin) unter 'P' nach, so liest man zwar Persische Revolution, Persönliche Verantwortung, Persönlichkeit, ihre Rolle in der Geschichte, doch von "Personenkult" keine Spur. Dieses Wort, seine Verbreitung und Wiederbelebung sind das 'persönliche Verdienst' des Oberrevisionisten Chruschtschow. Um die Macht in der Sowjetunion zu usurpieren, um verdiente Bolschewiki wie Molotow und Malenkow u.a. zu verdrängen, brauchten sie einen Popanz, mußten sie - koste es was es wolle - den hervorragenden Marxisten-Leninisten J.W. Stalin madig machen. Und es kostete die Einheit des Weltproletariats, es kostete den Sowjetbürgern die bis dahin errungenen Fortschritte auf dem Weg zum Kommunismus.

Ich erinnere mich in diesem Zusammenhang zweier kleiner Geschehnisse. Das erste im Jahre 1951 in der Redaktion der "Hamburger Volkszeitung". Wir diskutierten. Der Genosse W.W., frisch von der Parteischule gekommen, schnitt die Frage an: Warum verehren wir Stalin? Nun, meinte ich, weil der Genosse Stalin ein hervorragender Marxist-Leninist ist, der sich in praktischer und theoretischer Hinsicht große Verdienste um die Befreiung der Arbeiterklasse erworben hat. Falsch, belehrte mich der Genosse W., wir verehren Stalin, weil Stalin Stalin ist. Heute arbeitet W.W. als Redakteur bei einer bürgerlichen Hamburger Tageszeitung. Der andere Fall: Gruppenabend am Tag vor dem Parteiverbot. Der Genosse R.G. referiert über die Muuuter, die Partei. Hundertfünfzigprozentig. Dogmatiker. Kurze Zeit später gibt er ein Buch heraus, in dem neben einiger berechtigter Kritik treue, bewährte Genossen schamlos verleumdet werden. Heute ist er Redakteur einer bürgerlichen Zeitschrift und verbreitet sich ab und zu im Fernsehen.

Was ich damit sagen will? Das Herangehen dieser Genossen und ihre Einstellung zur Rolle der Persönlichkeit und Partei war typisch kleinbürgerlich, unmarxistisch. Es erinnerte peinlich an die Zeiten des Gröfaz, des größten Feldherrn aller Zeiten. Die klassenbewußte Arbeiterschaft beurteilt eine Persönlichkeit immer danach, welche Verdienste sie sich im Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse, der werktätigen Massen des Volkes erworben hat. Marxisten-Leninisten waren immer der Meinung, daß proletarisch-revolutionäre Parteien von den erfahrendsten und hervorragendsten obersten Führern geführt werden müssen, welche höchstes Ansehen geniessen, damit die große Sache der kommunistischen Revolution Früchte tragen kann. Lenin gab uns folgende Weisung:

"Die Arbeiterklasse, die in der ganzen Welt einen schweren und hartnäckigen Kampf für die volle Befreiung führt, braucht Autoritäten ... Die Autorität des internationalen Kampfes des Proletariats brauchen die Proletarier eines jeden Landes." Ferner sagte er: "Die Herausbildung erfahrener und einflußreicher Parteiführer ist eine langwierige und schwierige Sache. Aber anders wird die Diktatur des Proletariats, die 'Einheit des Willens' des Proletariats eine Phrase bleiben."

Marxisten schätzen seit jeher die persönliche Genialität proletarischer Führer hoch ein und sind der Ansicht, daß sie ein wichtiger Punkt ist, der bei der Wahl von Führern unbedingt in Erwägung gezogen werden muß. Wenn man das nicht einsieht, ist es den Marxisten

unmöglich, sich das größte Genie und den besten Steuermann des Proletariats als Führer zu wählen. Friedrich Engels würdigte das große Genie Karl Marx hoch. Er sagte: "Was wir alle sind, wir sind es durch ihn; und was die heutige Bewegung ist, sie ist es durch seine theoretische und praktische Tätigkeit; ohne ihn säßen wir immer noch im Unrat der Konfusion."

Nun gut, höre ich sie sagen, aber ist das denn nötig: Die rote Sonne in unserem Herzen, der große Lehrer, große Führer, große Oberkommandierende und große Steuermann und in jeder Ausgabe der 'Peking-Rundschau' oder in 'China im Bild' ein oder mehrere Porträts des Vorsitzenden Mao Tse-tungs? Dazu ist folgendes zu sagen: Niemand zwingt uns, diese Formulierungen alle zu wiederholen. Die chinesische Sprache und Ausdrucksweise ist seit jeher nun eben mal blumenreicher und umschmückender als die unsrige. Hinzu kommt, daß alle 700 Millionen Chinesen mit überaus großer Liebe und Verehrung von dem Mann sprechen, unter dessen Führung China, ein Land in dem jährlich zigtausende verhungerten, eine stolze und freie Nation wurde, die heute keinen Hunger mehr kennt, sondern dabei ist, die Höhen der modernsten Technik zu stürmen. Der dem Land die glänzendste Perspektive gab, den unaufhaltsamen Marsch in den Kommunismus.

Doch nicht nur das. Wie für alle Marxisten-Leninisten der Welt ist der Genosse Mao Tse-tung auch für uns in Westdeuschland der große Führer des Weltproletariats, ist die KPChinas heute die Vorhut der internationalen kommunistischen Bewegung. In zahlreichen Schriften und Beiträgen hat er die Lehre des Marxismus-Leninismus schöpferisch weiterentwickelt und interpretiert. Durch die beispiellose große proletarische Kulturrevolution, die persönlich vom Vorsitzenden Mao entfacht wurde und geleitet wird, hat er die entscheidende Frage: wie die Diktatur des Proletariats gesichert und eine Restauration des Kapitalismus verhindert werden kann, gelöst. Mao Tse-tung erfüllt die Rolle eines großen marxistisch-leninistischen Führers vollkommen, indem er die Fähigkeit eines glänzenden Theoretikers mit der eines großen praktischen Führers verbindet. Hinzu kommt, daß seine Schriften und Beiträge in einer den Massen leicht faßbaren Art geschrieben sind. Dadurch wird die Vertrautheit der Volksmassen mit dem Marxismus-Leninismus gefördert und die Theorie in materielle Gewalt umgewandelt.

Die Skeptiker, die da sagen, mit der Verbreitung der Lehren Mao Tse-tungs kommt ihr bei den Massen nicht an, möchten wir fragen: wieso kommt es, daß bisher das "rote Buch" mit den Worten des Vorsitzenden allein in Westdeutschland in einer Auflage von über 100 000 verkauft wurde, und daß der Bedarf an weiteren Schriften aus der Volksrepublik China bei weitem nicht befriedigt werden kann? Sie werden sagen: die Neugierde, mancher kauft das rote Buch der Exclusivität wegen. Mag das bei manchem der Fall sein, das erklärt aber nicht, wieso man in zunehmenden Maße sieht, dass Schüler in der S-Bahn, Arbeiter auf dem Bau, auf der Werft usw. in ihren Pausen die Worte des Vorsitzenden Mao studieren.

Mögen es manche Genossen ehrlich meiner mit dieser Frage, mag es ihnen um die beste Lösung der vor uns stehenden Aufgaben gehen. Wir sind bereit, mit ihnen sachlich auf marxistisch-leninistischer Grundlage zu diskutieren. Den anderen aber sagen wir stop! In der Geschichte der internationalen kommunistischen Bewegung haben sich die alten und neuen Revisionisten gewöhnlich des Tricks bedient, Losungen wie "gegen den Personenkult" dazu zu mißbrauchen, die Führer des Proletariats zu verunglimpfen und die proletarische Sache zu sabotieren. Bakunin, der Verschwörer in der Zeit der I. Internationale, verleumdete unter derartigen Losungen Marx. In der Zeit der II. Internationale verleumdete der Renegat Kautzky unter derartigen Losungen Lenin. Und in der Zeit der Komintern verleumdete der Renegat Trotzki unter solchen Losungen Stalin. Wenn sie heute mit der Losung "gegen den Personenkult" den größten Marxisten-Leninisten unserer Zeit, den Genossen Mao Tse-tung zu diffamieren versuchen, wird ihnen das kaum etwas nützen. Auch wenn wir es gegenwärtig schwieriger haben den modernen Revisionismus zu entlarven als seinerzeit Lenin im Kampf gegen die Revisionisten der II. Internationale, weil die KPdSU lange Zeit als Mittelpunkt der revolutionären Führung angesehen wurde, am Ende werden die Volksmassen entscheiden, wem sie vertrauen und welchen Weg sie gehen werden: Den Weg, der uns von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tse-tung gewiesen wurde.

Zu dem 'Argument' der angeblichen Abhängigkeit werden wir im nächsten ROTEN MORGEN Stellung nehmen.

Ernst Aust

Ausgezeichnete Lage in Indien

Erfreuliche Meldungen kommen jetzt fast täglich aus Indien. Anfang März vergangenen Jahres erhoben sich unter Führung revolutionärer Kommunisten die Bauern des Gebietes Darjeeling (Westbengalen) zum bewaffneten Aufstand. Im Bezirk Naxalbari /Siliguri wurden die Großgrundbesitzer vertrieben und ihr Land unter die Massen armer Bauern und besitzloser Tagelöhner verteilt. Ein Gebiet von 270 qkm mit 80 000 Menschen wurde befreit. Die Rebellen errichteten ein "Terrorregime" (SPIEGEL, Nr. 51, 1967), d.h. die unerbittliche Diktatur der breiten Massen gegen eine Handvoll Ausbeuter und Prasser. Revolutionäre Volksgerichte verurteilten die entmachteten "Herren". Dem Vorbild ihrer Klassenbrüder in Siliguri/Naxalbari folgten die Bauern und Tagelöhner in allen Teilen Westbengalens. Selbst im Bezirk Tiljala, nur 30 km östlich von Kalkutta, wurde einer AFP-Meldung zufolge die rote Bauernmacht errichtet. Auch in den Bundesstaaten Kerala, Assam und Andhra sowie in verschiedenen Gebieten Ostindiens erhoben sich die Massen zum bewaffneten Kampf.

In den Städten Westbengalens nahmen die Kämpfe der Werktätigen an Zahl, Schärfe und Breite zu. Den Angaben des SPIEGEL zufolge wurden allein seit März vergangenen Jahres mehr als 1000 Streiks durchgeführt. Besonderer Beliebtheit erfreut sich der "Umzingelungsstreik": die Arbeiter halten den Chef solange ohne Nahrung in einem Raum, bis eine Einigung zustande gekommen ist.

Nachdem die regierende Linkskoalition des Bundesstaates Westbengalen nicht imstande war, "Ruhe und Ordnung" wiederherzustellen, setzte die faschistische Zentralregierung in Neudelhi sie am 21. November 1967 kurzerhand ab, ließ eine reaktionäre Minderheitsregierung bilden und verhängte über Westbengalen den Ausnahmezustand. Daraufhin brach in allen Städten Westbengalens, namentlich in der Metropole Kalkutta (5 Mio. Einwohner) der Aufstand aus. Zu Hunderttausenden strömten die Werktätigen fast täglich zusammen und lieferten der Polizei mit Steinen und Knüppeln blutige Straßenschlachten. Bereits bis Mitte Dezember waren über 7000 Menschen verhaftet worden (NEUES DEUTSCHLAND, 14.12.67). Wenige Tage später wurden bei weiteren Demonstrationen innerhalb von zwölf Stunden etwa 900 Menschen verhaftet, davon allein in Kalkutta 280. Unter den Festgenommenen befanden sich auch der abgesetzte Ministerpräsident von Westbengalen und drei seiner Minister. Generalstreiks legten den gesamten Staatsapparat lahm und demonstrierten höchst eindrucksvoll die alles besiegende Kampfkraft der werktätigen Massen. Selbst die 15000 Regierungsangestellten Kalkuttas folgten geschlossen dem Streikaufruf - nur sieben Beamte meldeten sich zum Dienst.

Auch in Südostindien kam es seit Mitte Dezember fast täglich zu Kämpfen demonstrierender Arbeiter und Studenten mit der Polizei, nachdem die Zentralregierung versucht hatte, die Übernahme des Englisch als Amtssprache zu erzwingen. An der vordersten Frontlinie standen die Studenten von Madras.

Seit mehreren Jahren befinden sich auch die nordindischen Bergstämme der Nagas und Mizos im Aufstand gegen die Zentralregierung. Auch das Volk von Kaschmir führt einen erbitterten Kampf.

Die Ereignisse der allerjüngsten Zeit haben die Träume vom "parlamentarischen Weg" wie einen Spuk verfliegen lassen. Nur die militante Aktion, die direkte Konfrontation der unterdrückten und ausgebeuteten Massen mit der faschistischen Staatsmaschine vermag die breiten Massen der Werktätigen wirklich zu mobilisieren und die Bedingungen für die allgemeine bewaffnete Erhebung zur Übernahme der Staatsmacht zu schaffen. Nicht durch"demokratische" Stimmzettelwerbung, sondern nur durch die Organisierung zum bewaffneten Aufstand können die Millionenmassen rückständiger Bauern und Tagelöhner aus ihrer Lethargie und ihrem religiösen Stumpfsinn gerissen werden.

Die revisionistische KP Indiens (55 000 Mitglieder) hat es jahrelang versäumt, unter Berücksichtigung der speziellen indischen Bedingungen eine korrekte Linie aufzustellen. Stattdessen wurden ausländische Schemata hemmungslos importiert. Die unsinnigsten Anordnungen aus Moskau wurden sklavisch ausgeführt. So wurde z.B. versucht, eine "Einheitsfront" mit der reaktionären Kongressregierung zusammenzustoppeln. Eine äusserst negative Rolle spielte die revisionistische Gruppe um Dange dann während der Spannungen an der indisch-chinesischen Grenze 1962/63. Damals wurde die Parole "Landesverteidigung, Klassenzusammenarbeit und nationale Einheit" ausgegeben. Hauptsorge der Revisionisten war schließlich nur noch die Abschwächung der Revolution. Der SPIEGEL be-

stätigt ihnen dankbar: "Hauptsächlich balgten sie sich mit den Maoisten herum".

Diese "Maoisten" indessen, die revolutionäre KP Indiens (75 000 Mitglieder), nehmen rasch an Stärke, Zahl und Einfluß zu. Viele ihrer Mitglieder sind zu hervorragenden Massenführern herangewachsen. Die Bedingungen für eine bewaffnete Erhebung der indischen Massen im Landesmaßstab wachsen stürmisch heran: "Hunderte Millionen von Bauern werden sich erheben wie ein mächtiger Sturm, wie ein Wirbelwind - eine Kraft, so heftig und gewaltig, daß keine Macht auf Erden sie aufhalten kann ..." (Mao Tse-tung).

WIEDER EIN JUSTIZSKANDAL

Die Achte Große Strafkammer des Westberliner Landgerichts hat den Studenten Fritz Teufel freigesprochen.

Fritz Teufel war angeklagt, am 2. Juni einen Stein geworfen, andere dazu angestiftet und mehrmals das Wort "Notstandsübung!" gerufen zu haben. Die Anklage stützte sich ausschließlich auf die Angaben von Polizeibeamten, besonders der Herren Hessler, Mertin und Ivicki. Vor Gericht allerdings machten gerade die drei "Kronzeugen" einen ausgesprochen jämmerlichen Eindruck. Hessler etwa brach völlig zusammen und beteuerte auf alle Fragen in der Manier "vergesslicher" KZ-Schergen: "Ich habe nichts gesehen!", "Ich befand mich in einem Ausnahmezustand!", "Daran kann ich mich nicht erinnern!", "Schließlich liegt das sechs Monate zurück!" Polizeioberrat Ivicki wiederum hatte zunächst behauptet, er sei dabeigewesen, als Fritz Teufel andere Demonstranten zum "Widerstand gegen die Staatsgewalt" aufforderte. Nach dem 2. Juni hatte sich Ivicki mit dieser Behauptung auch bei Rundfunkdiskussionen als "Augenzeuge" feiern lassen. Vor Gericht gestand er ein: "Selbst gesehen habe ich das nicht. Ich erfuhr es von meinen Beamten."

Derart läppische "Beweise" reichten also aus, Fritz Teufel 148 Tage in Haft zu halten. Und bei dieser Sachlage besaß Staatsanwalt Groß noch die Frechheit, eine Verurteilung zu fordern: fünf Monate Gefängnis ohne Bewährung! Keine Anrechnung der Untersuchungshaft! In der "Begründung" des Herrn Groß fiel auch der bemerkenswerte Satz: "Der Angeklagte befindet sich auf einem gefährlichen Weg. Er ist politisch stark engagiert und fanatisch ... Ich kann deshalb einer Strafaussetzung zur Bewährung nicht zustimmen." Noch unverhohlener kann sich politische Justiz schwerlich darstellen!

"Ohne den vollständigen und engen Zusammenschluß der in Europa und Amerika gegen das Kapital kämpfenden Arbeiter mit den von diesem Kapital unterdrückten Hunderten und aber Hunderten Millionen von "Kolonial"sklaven wäre die revolutionäre Bewegung der fortgeschrittenen Länder in Wahrheit ein glatter Betrug."

LENIN

Nicht zur Verhandlung stand natürlich, was vor Gericht vielfach bezeugt wurde, daß nämlich Fritz Teufel nicht nur in der "Grünen Minna" und auf der Wache, sondern bereits auf der Straße vor der Oper von Polizisten geschlagen und in den Leib getreten wurde. "Auf den Wehrlosen wurde eingeknüppelt. Er war von vier Polizisten umgeben. Einer trat ihm mit dem Fuß in den Leib." (Peter Fischer, Fahrer eines Rundfunkübertragungswagens) "Ich hatte den Eindruck, daß Fritz totgeprügelt wird." (Volker Gebbert, Student). Zwei der an dieser Knüppelei beteiligten Beamten betraten den Gerichtssaal - als Zeugen der Anklage!

Lassen wir uns also durch den "Freispruch" nicht täuschen! Mit 148 Tagen Haft hat Teufel seinen "Denkzettel" ohnehin weg. Nicht untersucht wird natürlich, wie man Teufel überhaupt solange festhalten konnte. Nicht ermittelt wird gegen Polizeioberrat Ivicki, der wissentlich falsche Angaben gemacht hat! Darum sagen wir: Wieder ein Justizskandal!

Ein bemerkenswerter Beitrag zum "Fall Teufel" kam übrigens aus Moskau. Ein Artikel der Moskauer "Literatur-Zeitung" sprach von "Lumpenpack unter Führung eines gewissen Fritz Teufel, der sich als Anhänger Mao Tse-tungs bezeichnet", und von der "Westberliner Polizei, die allerhand gewöhnt ist" und wieder einmal "einschreiten" mußte gegen die "von ekelerregenden Obszönitäten begleiteten Demonstrationen" der "Westberliner Rowdies".

Selbstverständlich nur eine "Panne"! Der Verfasser dieses Artikels wurde inzwischen auf Intervention führender Persönlichkeiten der KPD und SED von seinem Posten entfernt. Aber wie hätte dieser Artikel überhaupt in Druck gehen können ohne Billigung der Redaktion, ohne Komplizenschaft auch anderer Stellen?

Diese "Panne" beweist nur, daß diejenigen

recht haben, die der Ansicht sind, daß es in der Sowjetunion 50 Jahre nach der Oktoberrevolution durchaus einen scharfen Klassenkampf auf politischem und ideologischem Gebiet gibt.

Der Versuch, aus der "Literaturzeitung" eine Moskauer Ausgabe der BILD zu machen, ist vielleicht vorerst gescheitert. Jedoch: nicht so frei heraus wie die Redaktion der "Literatur-Zeitung", aber darum nicht weniger gefährlich arbeiten Dutzende von "Petöfi-Clubs" überall in der Sowjetunion an der Restaurierung des Kapitalismus durch Propagierung bürgerlicher Denkkategorien und "westlicher Lebensart." -

me

Liebesgrüße nach Moskau

renski grüßt Sowjetrevisionisten!

Die revisionistische Führungsclique der KPdSU erhielt aus Anlaß des 50. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution u.a. auch ein Glückwunschschreiben, über das sie wohl sehr große Freude empfunden haben wird. Es war der Brief Kerenskis, des gleichen Herrn, der vom russischen Proletariat unter der Führung Lenins davongejagt wurde. Heute wird er von den Herren der Wallstreet mit Almosen bedacht, wie es sich ja wohl unter Komplizen gehört.

Dieser Herr, der, wie die chinesische Zeitung "Rinmin Ribaó" schreibt, eine politische Mumie ist, grüßte die Herren in Moskau am Jahrestag seines eigenen Sturzes!

welch ein bezeichnendes Licht wirft das doch auf die heutige revisionistische Führung der Sowjetunion. Er drückte in seinem Glückwunschschreiben seine Freude darüber aus, daß sich die Sowjetunion heute auf dem Weg der "Freiheit" befinde und nicht mehr die Weltrevolution wolle. Kann man es noch besser formulieren? Wohl kaum!

Die Empfänger dieses Briefes jedoch, die revisionistischen moskauer Herren, sind würdig dieser "Ehre". Denn sie sind die legitimen Fortsetzer der Politik des Kerenski. So wie er damals, stehen sie heute praktisch im Dienste des Imperialismus und vertreten dessen Interessen gegen die Völker.

Kerenski ist heute ein ausrangierter Kettenhund des Imperialismus. Man kann ihn nur noch gebrauchen, um ihn als bemitleidenswerte Kreatur der Öffentlichkeit vorzustellen, die als Opfer des "bösen"Bolschewismus aus Amt und Würden gejagt worden ist. Die Herren Kossygin und Breschnew dagegen haben heute noch eine große Bedeutung für die Imperialisten. Man braucht sie, um die Völker zu täuschen und irrezuführen. Die gleiche Aufgabe, die Kerenski vor der Oktoberrevolution hatte, haben sie heute. Der Besuch des Revisionisten Kossygin in Glassboro und seine Gespräche mit dem amerikanischen Obergangster Johnson, haben diese Tatsache wieder einmal bewiesen.

Die Herren der Wallstreet jedoch haben sich verrechnet. Es wird ihnen nicht gelingen für immer zu triumphieren. Unaufhaltsam geht ihre Ära dem Ende entgegen. So wie einst das russische Proletariat unter der Führung Lenins und Stalins den Sieg davontrug, werden heute die Völker der Welt, beflügelt von den Erkenntnissen des Genossen Mao Tse-tung, des Lenin unserer Epoche, den Sieg erringen und alle Imperialisten samt ihren modernen Kerenskis zum Teufel jagen.

Günter Ackermann

Liebesgrüße aus Washington

Der Genosse Günter Ackermann aus Köln erhielt vor kurzem folgenden, am 3. Januar in Washington abgestempelten Luftpostbrief:

"Lieber deutscher Hetzer:

Wir danken Dir, daß Du fuer den Inhalt US-NAZIS RAUS AUS VIETNAM verantwortlich zeichnest.

Damit haben wir Dich auf eine spezielle fuer deutsche Schweinehunde vorbereitete Liste setzen koennen.

Du wirst bald von uns direkt Kontakt bekommen. Wohl nicht wie Du es gerne haben wuerdest. Wir haben naemlich ganz gut von Euch deutschen Nazi-Schweinen gelernt wie man mit Menschen Deiner Art umzugehen hat.

Wir sehen uns bald!"

Natürlich anonym, wie es von solchen Kreaturen nicht anders zu erwarten ist. "Papiertiger"? Dieses Wort wäre noch zu schade. Nicht einmal das sind sie. Eher "Papierschakale".

- - - -

STREIK. Aus Protest gegen die von ihnen als zu weich empfundene Haltung der IG-Metall in der Tarifauseinandersetzung, traten am 19. Dezember 1967 etwa 6000 Arbeiter der Kieler Howaldtswerke in einen spontanen einstündigen Streik.

- - - -

Selbst in Moskau nicht mehr sicher!

Im Wagen des Leiters des Moskauer Büros der amerikanischen Nachrichtenagentur "Associated Press", Bradsher, ist vor kurzem eine wahrscheinlich selbstgebastelte Bombe explodiert. Der Wagen, der vor dem Gebäude abgestellt war, in dem sich das Büro der Agentur befindet, wurde schwer beschädigt. Amtliche sowjetische Stellen haben die Ermittlungen aufgenommen und hoffen, den oder die Übeltäter "gebührend" bestrafen zu können.

Hippies in Uniform

Etwa 75 Prozent der in Vietnam stationierten amerikanischen Soldaten rauchen Marihuana. Das behauptete John Steinbeck jr., Sohn des berüchtigten Kriegsberichterstatters, Nobelpreisträgers und US-Hofpoeten gleichen Namens, auf einer Pressekonferenz in Washington. Er hat ein Jahr in Vietnam gedient und sagte, der Genuß der Rausch-Droge schränke die Kampffähigkeit nicht ernsthaft ein, erleichtere es den Soldaten aber, die Schrecken des Krieges zu ertragen.

Revisionisten bleiben ungeschoren

Die uruguayische Regierung hat kürzlich die Sozialistische Partei und fünf andere prokubanische Gruppen verboten und einige der Parteiführer unter der Beschuldigung, sie hätten einen Aufstand mit Waffengewalt geplant, verhaften lassen. Zwei Zeitungen wurden verboten. Die Kommunistische Partei blieb von Strafmaßnahmen verschont ...

Widerstand mit Eiern

In Stockholm haben jugendliche Vietnam-Demonstranten am 4.1. eine amerikanische Delegation mit Schneeballen und Eiern empfangen. US-Botschafter Trezise und andere amerikanische Regierungsbeamte mußten von Bediensteten des schwedischen Finanzministerium ihre arg lädierte Kleidung säubern lassen.

Johnson wird eingeheizt

Zum aktiven Widerstand gegen die Vietnam-Politik Johnsons rief der führende Funktionär einer amerikanischen Studenorganisation, Julius Lester, auf: Johnson solle so "eingeheizt" werden, daß er "Angst hat, das Weiße Haus zu verlassen". Überall, wo der Präsident erscheine, um "seine Lügen zu erzählen", solle ihm ins Gesicht gespuckt werden. Vor Johnsons Auto sollten Nägel gestreut und die Scheiben seines Wagens mit Steinen eingeworfen werden.

Friedlicher Übergang?

Der kürzlich zum Sonderbotschafter für Lateinamerika ernannte Bruder des früheren US-Präsidenten Eisenhower, Milton Eisenhower, äußerte die Überzeugung, daß die Völker in einem lateinamerikanischen Land nach dem anderen an den Rand der 'Revolutionen' kämen. Z.B. besäßen in einem Land, das er nicht nennen wolle, -fünf Prozent der Bevölkerung 90 Prozent der Produktionsmittel. Die Frage sei daher nicht, ob es Revolutionen geben werde, sondern nur, ob diese blutig verlaufen würden oder in schnellen demokratischen und gesellschaftlichen Veränderungen bestünden.

VERSAMMLUNGEN

Mannheim

Die revolutionäre Linke Mannheims veranstaltet

am Montag, d. 29.1., 20 Uhr

im Saal der Gaststätte "Flora", Mannheim-Neckarstadt, Lortzingstraße 17, ihr erstes Leserforum mit der Zeitschrift ROTER MORGEN.

Es spricht Ernst Aust zum Thema:

WAS TUN ?

Zukunft und Perspektive der deutschen Arbeiterklasse. - Anschl. Diskussion.

Hamburg

Am Mittwoch, dem 7. Februar um 19.30 h findet in der Gaststätte "Wandsbeker Bürgerstuben", Hamburg 70, Marktstraße 167 die nächste Zusammenkunft der Gruppe ROTER MORGEN statt.

ACHTUNG BEILAGE !

Dieser Ausgabe des ROTEN MORGEN hefteten wir ein Schreiben an, das uns der in Hamburg bekannte Kommunist und Arbeiterfunktionär, Hans Kolbe, zur Veröffentlichung übergab. Hans Kolbe, ehemaliger Funktionär der KPD, gründete nach dem Parteiverbot den ersten Zirkel zum Studium und zur Publizierung des Marxismus in Hamburg. Wir begrüßen aufs wärmste seinen Schritt und sind gewiß, daß er nicht der letzte qualifizierte Arbeiter sein wird, der die Reihen der Marxisten-Leninisten Deutschlands verstärkt.

- - - -

Hans Kolbe

2000 Hamburg 50
Holstenplatz 13
Ruf: 43 88 13

Januar 1968

Liebe Genossinnen und Genossen,

liebe Freunde,

die immer weiter um sich greifende allseitige Unsicherheit in der Bevölkerung der Bundesrepublik, besonders der Arbeiterklasse und ihres progressivsten Teils, der Kommunisten, veranlaßt mich, mich mit diesem Brief insbesondere an alle Kommunisten in Hamburg zu wenden.

Noch eine Bemerkung vorweg: Dem Entschluß, diesen Brief zu schreiben, gehen langjährige Studien des Marxismus-Leninismus, grundsätzliche Überlegungen und ein langes Abwägen der politischen Zweckmässigkeit und Notwendigkeit voraus. Heute bin ich der Überzeugung, daß es dringender denn je geboten ist, zu all den Fragen im nationalen wie im internationalen Bereich, die die Entwicklung nach dem XX. Parteitag der KPdSU gebracht hat, als Marxist-Leninist Stellung zu nehmen. Und dies auch auf die Gefahr hin, von einigen unbelehrbaren Ja-Sagern als Wirrkopf oder Agent beschimpft zu werden. Leider kann aus verständlichen Gründen in diesem Brief von mir nur zu einigen wenigen Fragen Stellung genommen werden, von denen ich überzeugt bin, daß sie über den Kreis der Kommunisten hinaus viele Arbeiter, aber auch junge Menschen, Studenten und junge Gewerkschafter bewegen.

Da ist zunächst die Verurteilung des Genossen Stalin, der in einer langen Periode des Aufbaus des Sozialismus in der Sowjetunion und in der internationalen und kommunistischen Arbeiterbewegung eine hervorragende Rolle gespielt hat. Die Führer der KPdSU setzten sich schon hier im Interesse der Durchführung ihrer revisionistischen Politik über das Prinzip der Gleichberechtigung und des proletarischen Internationalismus hinweg und stellten alle Bruderparteien vor vollendete Tatsachen. Abgesehen von der Methode, die in jeder Hinsicht gegen die Akteure spricht, da der Genosse Stalin schon fast drei Jahre tot war, kann von niemanden übersehen werden, daß diese Leute in der von ihnen kritisierten Periode die verantwortlichsten Funktionen inne-hatten. Also sie selber verantwortlich - und wie der Genosse Willi Bredel auf der III. Parteikonferenz der SED von sich sagte - "schuldig zu sein, weil er gewußt und darüber geschwiegen habe." Auf dieser Konferenz war der Genosse Willi Bredel der einzige Redner - und das spricht für ihn - der so klar den Ja-Sagern, die in der Konsequenz nie bereit sind, die Verantwortung vor der Arbeiterklasse und dem Volk zu tragen, zu übernehmen, eine Abfuhr erteilt hat.

Der XX. Parteitag der KPdSU ist wirklich zu einem Wendepunkt in der Geschichte der internationalen kommunistischen und Arbeiterparteien geworden. Der Beginn der Periode des ideologischen Kampfes, der auf dem Boden des Marxismus-Leninismus stehenden Kräfte gegen die mit revolutionären Phrasen um sich werfenden Revisionisten. Viele höre ich jetzt sagen: Er wendet den Blick nach hinten statt nach vorn. Richtig, den Blick nach

b.w.

vorn wenden gelingt aber nur, wenn man die Vergangenheit und die Gegenwart richtig analysiert und verstanden hat. Die gefährliche Politik der Führer der SPD in der Bundesrepublik kann doch nur richtig verstanden werden, wenn man die historische Vergangenheit dieser einmal revolutionärsten Partei kennt. Nur dann wird man auch verstehen, daß der Verlauf dieser Politik nach dem Crimmitschauer Textilarbeiterstreik im Jahre 1905, der mit dem Sieg der opportunistischen und revisionistischen Kräften in der deutschen Arbeiterbewegung zusammenfällt, bis zu der Politik heute durchaus geradlinig verläuft. Gerade in der deutschen Arbeiterbewegung gibt es eine Fülle von Beispielen dafür, wie sich die Revisionisten Schritt für Schritt dem Kapitalismus angepaßt haben. Und welcher Argumente sie sich dabei bedienen.

In den heutigen ideologischen Auseinandersetzungen beruft sich die Gruppe revisionistischer Führer der KPdSU auf die beiden Moskauer Erklärungen der 81 Kommunistischen und Arbeiterparteien. Sie werfen den chinesischen und albanischen Genossen und allen Marxisten-Leninisten Verstoß gegen diese Deklaration vor. Offensichtlich rechnen diese Leute mit der Vergesslichkeit oder aber der Unkenntnis des Inhalts dieser Beschlüsse. Hier heißt es u.a. sehr richtig, daß die Hauptgefahr, die der kommunistischen Weltbewegung auf ideologischem Gebiet droht, der moderne rechte Revisionismus, wie er durch die Führer des Bundes der Kommunisten Jugoslawien verkörpert wird, droht. Schon die ideologische Windstille muß jeder ehrliche Marxist-Leninist verneinen. Aber die Führer der KPdSU gehen noch über die Praxis des guten Verhältnisses zu den jugoslawischen Revisionisten und der ideologischen Windstille hinaus. Sie propagieren das Prinzip der Koexistenz in einer Form, in der das strategische Ziel, der Kampf um die Errichtung der Diktatur des Proletariats und des Volkes in den noch kapitalistischen Ländern immer mehr ausgeklammert wird. Sie betteln um ein gutes Verhältnis zu dem von ihnen selbst als den Hauptfeind der Völker charakterisierten USA-Kapitalismus, und sie achten darauf, daß auch andere Kommunistische Parteien den Imperialisten ständig ihre Toleranz auf Kosten der Arbeiterklasse und der breiten Volksschichten beweisen. Sie sind bereit, mit all jenen zu paktieren, die rechts stehen. Aber mit denjenigen, die sich konsequent an die Seite der Völker, der Arbeiterklasse stellen, zeigen sie genau wie die Führer der II. Internationale und die Sozialdemokratie keinerlei Verständigungsbereitschaft. Wie anders sind ihre wütenden Verleumdungen gegen die Volksrepublik China und Albanien, ihren Regierungen und den Genossen Mao Tse-tung zu verstehen. Und das, wo jedermann sieht, daß der verbrecherische Krieg der USA-Imperialisten gegen das vietnamesische Volk in der Endphase die Liquidierung der Volksrepublik China zum Ziele hat. Sie behaupten, ihre Politik sei auf die Verhinderung eines dritten atomaren Weltkrieges ausgerichtet. Schön, aber kann ein solcher Krieg, bei dem die Sowjetunion ohne Zweifel die Hauptlast tragen müßte, verhindert werden, wenn man Schritt für Schritt vor den aggressiven Handlungen der Imperialisten zurückweicht? Niemand kann die Kompliziertheit der gegenwärtigen internationalen Situation leugnen, die die Gefahr eines atomaren Weltkrieges in sich birgt. Wie es aber wirklich mit ihren Argumenten aussieht, beweisen das Beispiel Vietnam und andere Ereignisse der letzten Jahre.

Zu Beginn der vor fast drei Jahren begonnenen Bombardierung der DRV argumentierten die Herren so: (Und die Ja-Sager in der Bundesrepublik waren ihre eifrigsten Interpreten) "Unsere Hilfe ist deshalb nicht schnell und wirksam genug, weil wir unsere Waffen nicht durch die Volksrepublik China transportieren können." (Obgleich es andere und kürzere Wege gegeben hätte). Dieses Argument - schon vor über zwei Jahren und mehrmals danach durch Nordvietnam dementiert - wird heute noch aufrechterhalten. Ein zweites Argument kommt hinzu: Die DRV erklärt selber, die gegenwärtige Hilfe durch die Sowjetunion und anderer sozialistischer Länder für ausreichend. Schon sind die Revisionisten aus dem Schneider. Zu diesem Argument gibt es doch nur zwei Möglichkeiten, die Haltung der Regierung der Demokratischen Republik zu deuten: Entweder ist die Regierung in Nordvietnam verantwortungslos

gegenüber dem Volk, denn jeder weiß, daß die USA technisch in der Lage sind, das vietnamesische Volk zu vernichten - oder Nordvietnam kann für mehr Hilfe von seiten der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder die Mittel nicht aufbringen und hat das Beispiel Koreas vor Augen, das noch lange Jahre nach Einstellung der Kampfhandlungen, nämlich bis 1959, für diese Hilfe an die Sowjetunion bezahlen mußte, während China die Kosten seiner Hilfe nach Einstellung der Kampfhandlung sofort gestrichen hat. Kossigyn und Johnson schütteln sich in innigen Friedensbeteuerungen in den USA die Hände, als ob in Vietnam in seiner Grausamkeit nicht ein noch größeres Verbrechen an Menschen begangen wird, als durch Hitlerdeutschland vor und während des II. Weltkrieges.

Aber auch die Haltung der revisionistischen Führer der KPdSU zu der Aggression Israels ist eindeutig ein Beweis für ihre wahren Absichten: Gegenseitiges Vertrauen mit den Imperialisten um jeden Preis! Auch dann, wenn man das Prinzip des proletarischen Internationalismus mit Füssen tritt. Und so erkennen sie die Existenzberechtigung des Staates Israel an, obgleich die Welt weiß, daß dieser Staat unter Vergewaltigung des Willens der arabischen Völker geschaffen wurde. Kein vernünftiger Mensch wird den Juden, ganz gleich wo sie leben, ihre Lebensberechtigung verweigern. Und noch heute leben Tausende Juden in den nordafrikanischen Staaten und überall anderswo auf der Welt friedlich mit allen anderen Menschen zusammen. Aber dennoch verlangen die Sowjetrevisionisten von den arabischen Völkern Vertrauen zu ihrer Politik, an deren Endergebnis dann der große "Trost" steht, bei der UNO Forderungen stellen zu dürfen und auf Verhandlungen zu drängen, obgleich ihnen bewußt ist, daß nicht die Juden - aber der israelische Staat ein profaschistischer Staat ist, der im Nahen Osten eine ähnliche Rolle wie ehemals Hitlerdeutschland und heute die Bundesrepublik in Europa spielte und spielt.

Alles das zeigt, daß sie eifrig bemüht sind, das Vertrauen der Imperialisten zu erwerben. Ein Vertrauen übrigens, welches andererseits die KPdSU, die SED, die KPD und andere Kommunistische Parteien von den breiten Volksschichten verlangen oder erwarten, ohne der Kraft dieser breiten Volksschichten und der Arbeiterklasse ihrerseits ein wirkliches Vertrauen entgegenzubringen. Weiter möchte ich hier an die ungleichen Handelsbeziehungen zwischen DDR und UdSSR erinnern, nach denen es durchaus üblich ist, daß die DDR nach gültigen Weltmarktpreisen von der Sowjetunion Rohstoffe bezieht und die Fertigwaren weit unter dem Weltmarktpreis an die Sowjetunion liefert. - Oder die Tatsache, daß das soziale Gefälle zwischen Funktionären der Partei, der Gewerkschaften und der Betriebe und den qualifizierten Facharbeitern so groß ist, daß man offen aussprechen muß, daß solche Entwicklungstendenzen eine absolute Abweichung vom Marxismus-Leninismus sind. Aus solchen Erscheinungen wird deutlich, daß die Notwendigkeit der Parallelisierung bestimmter Schichten und Kräfte und die Bündnispolitik zu einer Phrase wird und man notwendigerweise dann auch neue philosophische Begründungen und Begriffe schaffen muß. So zum Beispiel Wissenschaft als Hauptkraft der Produktivkräfte, also eine Überbetonung des Geistes, eine glatte idealistische Verballhornung des Marxismus, die man als schöpferische Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus deklariert, die aber lediglich dem Zweck dient, den ungerechtfertigten Unterschied zwischen Funktionäre und arbeitenden Menschen in der Bezahlung zu verschleiern. Eine Entwicklung oder Tendenz, die, wenn man sie weiterverfolgt, unbedingt zur Wiedereinführung kapitalistischer Verhältnisse führen muß.

Alle diese Fakten zusammengenommen laufen auf eine Ermunterung der Imperialisten zur schrittweisen Durchsetzung ihrer aggressiven Politik hinaus. Es gibt noch viele Beispiele und Beweise mehr, wobei ich betonen möchte, daß es nicht darum geht, von der Sowjetunion heute zu fordern, sich militärisch

b.w.

zu arrangieren, sondern daß es darum geht, auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus gradlinig die revolutionäre Bewegung in der ganzen Welt allseitig zu fördern und zu unterstützen, den ideologischen Kampf zu verstärken und sich bedingungslos in jeder Situation an die Seite der Arbeiterklasse und der Völker zu stellen. Ständig der Arbeiterklasse und den Völkern den Weg im Sinne des proletarischen Internationalismus zur Erreichung des Endziels, der Beseitigung der kapitalistischen Machtverhältnisse, zu weisen.

Nur so wird sich das notwendige Vertrauen der Arbeiterklasse und der Völker zur marxistisch-leninistischen Partei und umgekehrt entwickeln und festigen. Jedes Abweichen vom Marxismus-Leninismus muß und führt dazu, das Vertrauen zu der alles verändernden Kraft der Arbeiterklasse und des Volkes mehr und mehr zu verlieren und sich im gleichen Maße schrittweise den Kapitalisten anzupassen. Das wird auch deutlich, wenn man die Bestrebungen untersucht, mit denen einige kommunistische 'Führer' in der Bundesrepublik versuchen, die Wiederzulassung der KPD zu erreichen. Statt der jahrelang versäumten prinzipiellen und kämpferischen ideologischen Auseinandersetzung mit der gefährlichen Politik der SPD-Führer zu beginnen und diese allseitig als die Handlanger des Imperialismus zu entlarven und sie von der Arbeiterklasse zu isolieren, versuchen sie, den Verderbern des deutschen Volkes klarzumachen, daß das Klima in der Bundesrepublik mit einer wiederzugelassenen, wenn auch zahmeren KPD, angenehmer, besser, vorteilhafter sein würde - ja, all das, aber für wen? Ich kann diesen Kommunisten nur ernsthaft empfehlen, anhand der Werke von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tse-tung ihr Wissen etwas aufzufrischen, und sich nicht dadurch noch mehr auf den Boden des Revisionismus zu stellen, indem sie wie die Revisionisten eh und je - genau wie die sozialdemokratischen Führer über die "linken Radikalen" geifern. Es ist höchste Zeit, daß sich alle Marxisten-Leninisten auf die hervorragende historisch bedeutsame Rolle der deutschen Linken besinnen. Aus diesen Gründen stelle ich mich voll hinter die Genossen der Zeitschrift ROTER MORGEN und hoffe, daß sie mir Gelegenheit geben werden, zu all den vielen noch offengebliebenen Fragen Stellung zu nehmen.

Ich rufe alle Kommunisten auf, in offener Diskussion die Plattform des Marxismus-Leninismus für die Bundesrepublik zu erarbeiten und sich in Unterordnung unter die Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes auf dieser Plattform zu vereinigen und zu sammeln, zu einer neuen wirklich marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse.

Hans Kolbe